

Entwicklungspolitik des Hamburger Senats

Wer sich auf der Website der Stadt Hamburg www.entwicklungspolitik.hamburg.de über die Entwicklungszusammenarbeit des Senats informieren will, braucht nicht viel Zeit: Das Angebot ist übersichtlich. Hamburg nennt sich zwar gern »Deutschlands Tor zur Welt«, aber Nord-Süd-Politik bleibt eine Marginalie.



An welchen Werten orientiert sich Hamburgs Entwicklungspolitik und welche Ziele verfolgt sie? Ein »Arbeitspapier Internationalisierungsstrategie« der Abteilung Internationale Zusammenarbeit der Senatskanzlei von 2004 liest sich als kleines 1x1 der Hamburger Wirtschaftsförderung: Der »Austausch mit den Wachstumsregionen Ostasiens« soll intensiviert und die »Kontakte in die arabische Welt« sollen ausgebaut werden. Auch die Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainern will der Senat stärken, die sogenannten »Entwicklungsländer« kommen in dem Papier hingegen gar nicht vor.¹

Gerade einmal 440.000 Euro gibt die Stadt Hamburg jährlich für die »Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern« aus.² Hinzu kommen rund 80.000 Euro für die Arbeit mit Hamburgs Partnerstadt León in Nicaragua. Zum Vergleich: Dem Marinefreund Peter Tamm gab der Senat 30 Millionen Euro für den Umzug des privaten Maritimen Museums in die Hamburger HafenCity – ein Budget, mit dem Hamburgs Entwicklungszusammenarbeit die nächsten 58 Jahre auskommen müsste, wenn sich die Förderpolitik nicht verändert. Es sei ergänzt, dass die seit 2004 in der Entwicklungszusammenarbeit jährlich eingesparten 100.000 Euro nach Russland und Kaliningrad gehen: Anstatt das Budget für Hilfgelder aufzustocken, werden sie von einer Armutregion in die andere umverteilt.

Bescheiden war die finanzielle Ausstattung der Hamburger Entwicklungszusammenarbeit auch schon zu rot-grünen Zeiten. Aber sie betrug bis 2003 immerhin noch rund 650.000 Euro pro Jahr. Die Kürzungen haben die entwicklungspolitische Szene empfindlich getroffen. Die »Weltweite Partner-

schaft« als Weiterbildungsträger für PartnerInnen aus dem Süden musste schließen. Auf der Strecke blieb auch der durch das Eine Welt Netzwerk Hamburg verwaltete Kleinprojektfonds, aus dem jahrelang zahlreiche entwicklungspolitische Bildungsveranstaltungen kleiner Hamburger Initiativen unterstützt wurden.

Senat verzichtet auf guten Rat

In qualitativer Hinsicht musste die entwicklungspolitische Landschaft unter dem CDU-Senat ebenfalls Einschnitte hinnehmen. Dazu gehört insbesondere der Verzicht auf den entwicklungspolitischen Beirat. Seit 1999 stand das ehrenamtliche Gremium dem Hamburger Senat als kritisch-kompetenter Ratgeber zur Seite. 2001 legte der Beirat »Empfehlungen zu Entwicklungspolitischen Leitlinien für die Freie und Hansestadt Hamburg« vor. Der neu gewählte Senat zeigte jedoch keinerlei Anstrengungen, sie umzusetzen, sondern stellte den Beirat in wichtigen entwicklungspolitischen Grundsatzentscheidungen vor vollendete Tatsachen. Im März 2004 traten deshalb mehrere Beiratsmitglieder zurück. Daraufhin erklärte der zuständige Staatsrat Reinhard Stuth den Beirat für abgeschafft.

Dabei hätten Senat und Bürgerschaft guten (Bei)Rat bitter nötig. Das kleine Referat für Entwicklungszusammenarbeit der Senatskanzlei arbeitet sehr engagiert, ist aber mit zu wenig Personal und Ressourcen ausgestattet. Auf diese Art lässt sich Entwicklungspolitik nicht als behördenübergreifende Querschnittsaufgabe betreiben.

Bürgerschaft fragt nicht viel

Auch in der Bürgerschaft sind Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses kaum ein Thema. Sicher: Es gibt einige wenige Abgeordnete mit entwicklungspolitischer Kompetenz, aber sie beklagen das oft erschreckende Desinteresse ihrer FraktionskollegInnen. Die geringe Wertschätzung entwicklungspolitischer Fragen wird auch institutionell augenfällig: Für internationale Angelegenheiten ist der »Europaaus-

Entwicklungspolitik geht alle an

Eine-Welt-Politik beginnt vor Ort. Das Eine Welt Netzwerk Hamburg sieht faire Nord-Süd-Politik als Querschnittsaufgabe, die sich thematisch und auch von den AkteurInnen her breit fächert. Ganz gleich, ob Klimaschutz, kultureller Austausch, Fairer Handel, Städtepartnerschaften, Migration und Partizipation, Schule oder die Auseinandersetzung mit Rassismus und der kolonialen Geschichte: Entwicklungspolitik geht alle an.

Das Ziel ist eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen im globalen Süden und Norden an Technik, Nahrung, Wissen, Gesundheit und politischen Entscheidungen sowie der Abbau der weltweiten Ungleichheit zwischen Menschen und Staaten.

schuss« zuständig – der »Rest der Welt« kommt noch nicht einmal im Titel vor.

Immerhin: Bürgerschaftsanträge zu Hamburgs kolonialer Vergangenheit oder zu Sozialstandards im öffentlichen Einkauf zeigen, dass das Bewusstsein für die eigenen globalen Verflechtungen unter den Abgeordneten wächst. Die Beharrlichkeit, mit der Hamburgs Eine-Welt-Initiativen diese Themen einfordern, zeigt Wirkung.

Hamburgs Entwicklungspolitik: Undurchsichtig und ohne Plan

Selbst in grundlegenden Fragen greift der Senat nur selten auf den Sachverstand der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zurück. Für sie interessiert sich der Senat häufig erst, wenn er Verbündete für seine eigenen Vorhaben braucht. Die jährliche »Hamburger Konferenz über nachhaltige Entwicklung« ist beispielhaft dafür, wie der Senat die Mitsprachemöglichkeit der NGOs zurückdrängt: Mittlerweile werden die an der Konferenz beteiligten »Partnerorganisationen« nicht einmal mehr gefragt, welche Themen sie auf der Konferenz diskutieren wollen.

Es ginge auch anders: Engagement stärken!

Senatsinitiativen können auch zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit führen, wie etwa bei der Aktion »Hamburg200xmalfair« zur Förderung des Fairen Handels. Doch die Gefahr dabei ist, dass der Senat nicht mehr wie früher Initiativen aus der Zivilgesellschaft fördert, sondern vielmehr eigene Themen setzt und mit Hilfe von Fördermitteln versucht, das Engagement der NGOs in bestimmte Bahnen zu lenken.

Die Förderpolitik des Senats hat sich verändert: Die frühere »institutionelle« Förderung ermöglichte es einigen Organisationen, bescheidene Strukturen aufzubauen – eine Basis für effiziente Projektarbeit bei der Vernetzung, Bildungsarbeit und Projektkoordination. Inzwischen fördert der Senat fast nur noch einzelne temporäre Projekte. Ohne struktursichernde Grundausstattung ist die Kontinuität des Engagements gefährdet. Immer mehr Ressourcen gehen in die Antragstellung und Abrechnung von immer mehr Projektanträgen – zulasten der Qualität der eigentlichen entwicklungspolitischen Arbeit.

Senat und NGOs brauchen einander und erzeugen Synergieeffekte: Der Senat kann dazu beitragen, die gesellschaftliche Anerkennung für engagierte Nord-Süd-Politik zu stärken. Die NGOs wiederum können dem Senat helfen, Hamburgs Ideal als »Tor zur Welt« gerecht zu werden. Der Blick auf die eingangs erwähnte Website zeigt: Es sind die vielfältigen Initiativen der NGOs, die dieser Seite ihren Glanz verleihen.

Was wir wollen

- Der Senat muss Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe aller Hamburger Behörden begreifen. Sie betrifft alle Fragen, die sich mit der globalen Verflechtung unserer Lebensbereiche stellen, und reicht von direkter Entwicklungszusammenarbeit mit PartnerInnen in Ländern des Südens über Wirtschafts-, Kultur- und Umweltpolitik, Sozialstandards beim öffentlichen Einkauf, bis hin zum konkreten Zusammenleben mit Menschen aus Ländern des Südens hier in Hamburg.
- Hamburgs Entwicklungspolitik muss transparenter werden. Wir fordern den Senat auf, seine entwicklungspolitisch relevanten Aktivitäten öffentlich zu machen und einem regelmäßigen Monitoring zu unterziehen.
- Hamburgs Entwicklungszusammenarbeit braucht mehr finanzielle und personelle Ressourcen. Die bisherige Ausstattung des Haushaltstitels ist einer weltoffenen, modernen Hafenmetropole unwürdig. Damit das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement der Eine-Welt-Arbeit weiterentwickelt werden kann, müssen institutionelle und projektorientierte Förderung sinnvoll miteinander kombiniert werden.
- Hamburgs Entwicklungspolitik braucht ein klares Selbstverständnis, einen entwicklungspolitischen Beirat und nachvollziehbare Leitlinien. Wir erwarten von Senat und Bürgerschaft, dass sie sich mit dem entsprechenden Vorschlag, den der entwicklungspolitische Beirat 2001 vorgelegt hat, auseinandersetzen.
- Für eine moderne Metropole wie Hamburg sollte die Gestaltung der Globalisierung und der Entwicklungspolitik selbstverständlich sein. Das bedeutet auch, aktiv für weltweite Gerechtigkeit einzutreten und für eine Bewusstseinsänderung zu werben.

